Nummer 41 — 29. Jahrgang

Erscheint 6mal wöchentl. mit den Illustr. Gratisbeilagen „Die Welt" und der Kinderbeilage „Frohmut", sowie den Textbeilagen „St. Benno-Blatt", „Unterhaltung und Wissen", „Die Welt der Frau", „Herzlicher Ratgeber", „Das gute Buch", „Filmrundschau". Monatlicher Bezugspreis 3 Mk. einschl. Bestellgeld, Einzelnummer 10 ₰. Sonnabend- u. Sonntagnummer 20 ₰. Hauptschriftleiter: Dr. G. Deßczyk, Dresden.

Sächsische Volkszeitung

Für christliche Politik und Kultur

Dienstag, den 18. Februar 1930

Verlagsort: Dresden

Anzeigenpreise: Die 1gespaltene Petitzeile 30 ₰, Familienanzeigen u. Stellengesuche 20 ₰. Die Textreklamezeile, 69 mm breit, 1 ℳ. Für Anzeigen außerhalb des Verbreitungsgebietes 40 ₰, die Textreklamezeile 1,50 ℳ. Vereinsanz. 30 ₰. Im Falle höherer Gewalt erlischt jede Verpflichtung auf Lieferung sowie Erfüllung v. Anzeigen-Aufträgen u. Leistung v. Schadenersatz. Geschäftlicher Teil: Franz Bungarh, Dresden.

Geschäftsstelle, Druck u. Verlag: Germania, A.-G. für Verlag und Druckerei, Filiale Dresden, Dresden-A. 1, Pillnitzer Straße 17. Fernruf 21012. Postscheckkonto Dresden 1203. Bankkonto Stadtbank Dresden Nr. 6171.

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung Dresden-Altstadt 1, Pillnitzer Straße 17. Fernruf 20111 und 21012.

Reichspräsident und Youngplan

Parteiführer bei Hindenburg

Berlin, 17. Februar.

Der deutschnationale Parteiführer Dr. Hugenberg und Fraktionsvorsitzender Dr. Oberfohren haben beim Reichspräsidenten eine Unterredung nachgesucht, die am Montag stattfindet. Die beiden deutschnationalen Führer wollen den Reichspräsidenten über die Auffassungen unterrichten, die in den Kreisen der Opposition über den Youngplan und die mit ihm zusammenhängenden Vorlagen bestehen.

Dieser Schritt hat nach Auffassung parlamentarischer Kreise offenbar den Zweck, den Reichspräsidenten dazu zu bewegen, daß er dem Haager Abkommen seine Unterschrift versagt. Der Empfang an sich ist nichts Ungewöhnliches. Der Reichspräsident ist auch früher bei wichtigen Entscheidungen von Parteiführern um eine Audienz gebeten worden, und er hat sich stets zur Verfügung gestellt, um die Auffassung dieser Persönlichkeiten anzuhören. Es ist unter diesen Umständen selbstverständlich, daß er auch den Besuch der Führer der größten Rechtspartei entgegennimmt.

Wie verlautet, werden dann auch in den nächsten Tagen die Führer der übrigen Reichstagsfraktionen beim Reichspräsidenten weilen und mit ihm die Haager Vereinbarungen, vor allem aber das deutsch-polnische Liquidationsabkommen besprechen. — **Erst nach Erledigung dieser ganzen Reihe von Besprechungen und erst nachdem der Reichstag die dritte Lesung der Young-Gesetze beendet hat, dürfte der Reichspräsident seine Entscheidung fällen.**

Vertraulichkeit im Young-Ausschuß

Berlin, 17. Februar.

In der gemeinsamen Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Haushaltausschusses des Reichstages wird heute über die Schutzklauseln des Youngplanes und über die Moratorium-Bestimmungen beraten. Auf Antrag des Abg. Brüning (Zentrum) wurde gegen die Stimmen der Deutschnationalen und der Kommunisten beschlossen, die Beratungen über diese Punkte vertraulich zu führen. Diese Beratungen dürften den ganzen heutigen Sitzungstag ausfüllen.

Einschränkung des Branntweinverkaufs

Ein Beschluß des volkswirtschaftlichen Ausschusses.

Der volkswirtschaftliche Ausschuß des Reichstages traf am Sonnabend die Entscheidung über den § 15 des Gaststättengesetzes, der vorsieht, daß die oberste Landesbehörde den Ausschank von Branntwein sowie den Kleinhandel mit Branntwein für bestimmte Morgenstunden und ferner an Lohn- und Gehaltszahlungstagen, jedoch höchstens zwei Tage in der Woche ganz oder teilweise verbieten oder beschränken könne. Nach längerer Aussprache wurde die Bestimmung mit 14 gegen 13 Stimmen angenommen. Die Mehrheit setzte sich aus Sozialdemokraten, Kommunisten und dem Abgeordneten Dr. Strathmann (Dn.) und Dr. Mumm (Christl.-Nat. Arbeitsgem.) zusammen. Praktisch dürfte die Durchführung dieses Beschlusses bedeuten, daß der Branntweinausschank und Verkauf an den Freitagen und Sonnabenden jeder Woche verboten werden könnte.

Hinzuziehung Deutschlands?

Die neuen Schwierigkeiten der Londoner Flottenkonferenz

Das „Westentaschen-Schlachtschiff"

London, 17. Februar.

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph" schreibt: Die amerikanische und die britische Delegation sind infolge der französischen Forderungen in sehr ernster Stimmung. Es wird jetzt bekannt, **daß bei der Zusammenkunft der Führer der drei Delegationen am Freitag die britischen Minister und ihre Washingtoner Kollegen vergebens eine Zusicherung von Tardieu zu erlangen suchten, daß die hohen Zahlen der französischen Denkschrift in kaufmännischem Sinne gemeint waren.** Staatssekretär Stimson soll aus seiner Ungeduld kein Hehl gemacht und das Konferenzzimmer verlassen haben, bevor die Besprechung zu Ende war. Der Korrespondent hält es für **ausgeschlossen, daß Macdonald die von Stimson vorgeschlagenen Zahlen annehmen könne, wenn die französische Forderung aufrecht erhalten bleibe.**

In einem Leitartikel bemerkt „Daily Telegraph" hierzu: Wenn der französische Bauplan nicht wesentlich abgeändert wird, dann muß unser eigenes Bauprogramm nach oben hin revidiert werden. Macdonald steht im Verdacht, daß er um jeden Preis eine Vereinbarung erreichen will, die eine weitgehende Verminderung unserer bereits gefährlich geschwächten Seemacht bewirken würde. **Bei der Vorsorge für die Sicherheit des britischen Reiches ist es aber unzweifelhaft die Pflicht der Regierung, sich nicht von ihren Wünschen, sondern durch die Tatsachen leiten zu lassen.** Sie wird zu dieser ihrer Pflicht angehalten werden durch die öffentliche Meinung der Nation, mit der sie sich nicht in Widerspruch setzen kann, ohne Selbstmord zu begehen.

Die liberale „Daily News" sagt in einem Leitartikel: Frankreich hat seine Absicht angekündigt, mehr Schlachtschiffe zu bauen, um ein Gegengewicht gegen die „Ersatz Preußen" zu haben. **Das deutsche Westentaschenpanzerschiff hat die französischen Staatsmänner nahezu toll vor Angst gemacht.** Das bedeutet nicht mehr, als daß die anderen Seemächte, Amerika eingeschlossen, dem Beispiel folgen werden und zwar „im geheiligten Namen der Parität". Es würde eine furchtbare Katastrophe sein, wenn die Konferenz, die dazu einberufen wurde, die Seerüstungen einzuschränken, tatsächlich zum Bau größerer Flotten führen würde. Das Blatt fragt: **Hat niemand genügend Mut oder genügenden staatsmännischen Sinn, um den Ausweg zu zeigen, nämlich Deutschland mit zu Rate zu ziehen und die sofortige Abschaffung aller großen Schlachtschiffe und die Begrenzung der Tonnage der größten Schiffe auf etwa 10 000 Tonnen vorzuschlagen?".**

Tardieu erkrankt

Paris, 17. Februar.

Der französische Ministerpräsident Tardieu ist an Grippe erkrankt und muß das Bett hüten. Bereits bei seiner Rückkehr aus London am Freitagabend zeigten sich leichte Krankheitserscheinungen. Trotzdem verbrachte Tardieu einen großen Teil des Sonnabends in seinem Arbeitszimmer im Innenministerium und empfing dort den Besuch einiger Kabinettskollegen. Anschließend besuchte er dann selbst noch den Staatspräsidenten, um mit ihm die politische Lage zu besprechen. Bei seiner Rückkehr ins Innenministerium fühlte sich Tardieu so erschöpft, daß er sofort das Bett aufsuchte und seinen Arzt kommen ließ. Dieser ordnete mehrere Tage strengster Ruhe für Tardieu an. Der am Sonntagvormittag ausgegebene Krankheitsbericht besagt, daß Tardieu an Grippe erkrankt ist, die durch eine Kehlkopfentzündung kompliziert wird.

Der auf Montagvormittag angesetzte Ministerrat muß infolgedessen auf Donnerstagvormittag vertagt werden. Auch die Abreise Tardieus nach London, die am Mittwoch stattfinden sollte, wird natürlich einen Aufschub erfahren.

Diplomatenempfänge bei Pacelli

Rom, 14. Februar.

Der neue Kardinalstaatssekretär Pacelli hatte am Donnerstag und Freitag zahlreiche Diplomatenempfänge.

Zu seinem Privatsekretär ernannte der Kardinalstaatssekretär den Monsignore Rossignani, Kammerherr der Kirche von Lorenzo in Lucina und Offizial der Kongregation für die orientalische Kirche.

Abschiedsfeier für Bischof Dr. Schreiber

Dresden, 17. Februar.

Der Ortsverband der katholischen Vereine Dresdens hat gestern abend im großen Saale des Ausstellungspalastes eine Abschiedsfeier für Bischof Dr. Schreiber, der demnächst von der Diözese Meißen scheidet, veranstaltet. Mehr als 2000 Personen nahmen daran Teil. — Die Festrede hielt Prof. Dr. Heiduschka von der Technischen Hochschule Dresden. — Wir berichten über die Abschiedsfeier ausführlich im Innenblatt.

Zollfriede?

(Von unserer Berliner Schriftleitung.)

Am Montag dieser Woche beginnt in Genf die sogenannte Zollfriedenskonferenz. Sie soll eine Vereinbarung der Regierungen herbeiführen, durch die grundsätzlich Zollerhöhungen für einen Zeitraum von 2—3 Jahren ausgeschlossen werden. Nach der Erklärung Staatssekretärs von Schubert auf der Januar-Tagung des Völkerbundsrats soll der so geschaffene Zollfriede Grundlage und Ausgangspunkt für eine Aktion zur Erleichterung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen durch Abbau der Zollschranken und anderer Hemmnisse werden. Die Konferenz geht zurück auf den bekannten Vorschlag des englischen Handelsministers Graham auf der vorjährigen September-Tagung des Völkerbundes, und war damals von ihm wohl hauptsächlich als Gegenhieb auf die von Briand gerade für englische Ohren etwas zu laut propagierte Idee des wirtschaftlichen Pan-Europa gedacht sowie als Anlockung zur Kohlenverständigung. Aber jedenfalls gab der englische Vorschlag die Anregung zu einer entsprechenden Völkerbundsentschließung, auf Grund deren das Sekretariat die Konferenz vorbereitete, deren Beginn vom Januar-Rat auf den 17. Februar festgesetzt wurde. Zu deutschen Vertretern sind bekanntlich die Minister Schmidt und Dietrich, Staatssekretär Trendelenburg und Hilferding ernannt. Neben Deutschland werden alle übrigen europäischen Staaten (Rußland scheidet natürlich schon allein wegen seines Außenhandelssystems aus) vertreten sein, von Außereuropa offiziell nur zwei, Japan und Kuba.

Schon aus der Beteiligung geht hervor, daß die Konferenz im Kern eine europäische Angelegenheit ist. England selbst ist nur beteiligt, soweit es europäisch ist, also mit seinen Inseln. Alle nichteuropäischen Staaten, mit Ausnahme der beiden schon erwähnten, Japan und Kuba, haben die an sie ergangene Einladung abgelehnt, so Australien, Neuseeland, Südafrika, Indien, Aegypten. Einige schicken aber Beobachter, so Brasilien und die Vereinigten Staaten.

Die Stellung der Vereinigten Staaten zu der Konferenz geht deutlich aus ihrer Antwort auf die Einladung zur Teilnahme hervor. In ihr wird platonisch wohlwollendes Interesse festgestellt und durch Beauftragung eines Beobachters dokumentiert. Aktive Teilnahme aber lehnen sie ab, da sie glauben, an der Konferenz „nicht nutzbringend" teilnehmen zu können. In die rauhe Wirklichkeit übersetzt heißt das, daß Amerika nicht daran denkt, sich auf eine Höchstbindung seiner Zollsätze einzulassen, vielmehr für seinen rücksichtslosen Protektionismus weiter freie Hand behalten wolle.

Keinesfalls darf die Zurückhaltung Außereuropas und insbesondere Amerikas dazu führen, auch auf das Werk einer handelspolitischen Befriedung und Gesundung Europas resigniert zu verzichten. Im Gegenteil müßte diese Zurückhaltung die europäischen Staaten, die ja am meisten interessiert sind, erst recht — selbstverständlich ohne Spitzen gegen „draußen" — zur Arbeit an dem idealen Werk antreiben. Im übrigen kann in der Weltwirtschaft so wenig wie in der Weltpolitik Verlaß auf das Mitleid als wirkungsvollen Faktor sein. Viel eher wird es gelingen, beispielsweise die Vereinigten Staaten zu einer Aenderung ihrer Handelspolitik zu bewegen, wenn ihnen ein gleichwertiger Partner gegenübersteht, d. h. ein handelspolitisch so gut wie nur möglich rationalisiertes Europa. Aber hoffentlich kommt die amerikanische Umkehr vor der europäischen Selbstheilung . . .

Ueber die Notwendigkeit einer gründlichen Besserung der europäischen Handelsbeziehungen besteht kein Zweifel. Die wirtschaftliche Zersplitterung, schon vor dem Kriege reichlich vorhanden, ist seit seinem Ende erheblich gesteigert. Tausende Kilometer neuer politischer und damit auch Zollgrenzen sind entstanden, und unter dem Eindruck der Kriegserfahrungen hat sich das Streben nach Selbstgenügsamkeit noch verschärft und bis auf den heutigen Tag unvermindert erhalten. Ueberprotektionistische Zollpolitik war das willkommene und nur zu gern gebrauchte Hilfsmittel. Aber all das ist ja seit langem bekannt, ebenso wie seine Ergebnisse: ein mehr denn je zerklüftetes Europa, dessen wirtschaftliche (und auch politische) Sorgen nicht zuletzt eben auf seiner Zersplitterung beruhen und das sich aus dem gleichen Grunde immer schwerer im Ringen der Erdteile zu behaupten vermag, — und (an sich zwar nicht unerfreulich) internationale Selbsthilfe der Konzerne und Verbände, die aber auch nicht zu unterschätzende Gefahren im Gefolge hat.

Schon einmal ist ein großzügiger Versuch gemacht worden, durch gemeinsame Arbeit erträglichere internationale Handels- und Wirtschaftsbedingungen zu schaffen, damals ohne Erfolg. Die Weltwirtschaftskonferenz von 1927 brachte zwar vorbildliche, wenn auch an Gedanken nicht sehr neue Richtlinien und Empfehlungen zustande, aber die Praxis ging gerade den entgegengesetzten Weg. Nun war die Weltwirtschaftskonferenz allerdings keine Konfe-